

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wieder ein Schuljahr, das fast „geschafft“ ist. Oder hat Sie das Schuljahr etwa geschafft? Wieder wird gesagt, dass die Vorbereitungen auf das folgende Jahr noch nie so chaotisch verliefen wie die vorhergehenden. Doch dieses Mal gab es unbestritten zugleich so viele Aufgaben zu lösen wie noch nie:

- Aus der SEK soll eine größere Anzahl von GS-Kolleginnen und Kollegen zurück an die GS versetzt werden.
- Parallel dazu musste der erheblich gewachsene Bedarf an Lehrkräften am Gymnasium durch Abordnungen aus der SEK gedeckt werden.
- Auch die permanent unterversorgten SOS sollen Verstärkung aus GS und SEK erhalten.
- Die SEPL-Verordnung verursacht tiefe Einschnitte in die Schullandschaft – bisher bestandsfähige Schulen stehen plötzlich zur Disposition oder werden weitaus früher aufgelöst als bisher geplant.
- Ein neuer Leistungsbewertungserlass, der ohne erkennbare Notwendigkeit und Kritik am bestehenden Erlass vorgelegt wurde, sorgt zusätzlich für Unverständnis und muss wegen erheblicher Ungereimtheiten nochmals nachgebessert werden.
- Der bisher jedes Jahr verspätet in den Schulen und Ämtern eintreffende Org.-Erlass bleibt in diesem Jahr noch länger das Geheimnis des MK.
- Die feste Absicht des Landes Sachsen-Anhalt, LK in das Beamtenverhältnis zu berufen, wird durch MK und Landesregierung mehrfach Änderungen unterworfen. Plötzlich wird die Mangelfachdiskussion neu entfacht, das Höchstalter für den Eintritt in den Beamtenstatus wird herabgesetzt.
- Seit Monaten geistern Gerüchte und spärlich fließende Informationen durch die Staatlichen Schulämter, die die Umstrukturierung der Schulaufsicht zum Thema haben. Standortpoker und Unterstellungsfragen werden kolportiert: Sollen die neuen vier statt der jetzt neun SSÄ unter dem Dach des Landesverwaltungsamtes oder als Sonderbehörde dem MK direkt unterstellt werden?
- Nach dem neuen Lernmittelerlass wird der Schule künftig Kassenfunktion auferlegt, weil die einzutreibenden Leihgebühren dazu zwingen, mit Bargeld in größeren Beträgen umzugehen.

■ Auch den Beamten steht eine weitere Neuerung ins Haus: die so genannte Öffnungsklausel, wonach Urlaubs- und Weihnachtsgeldkürzungen bzw. -wegfall der Hoheit der einzelnen Bundesländer übertragen wird. Das weitere Auseinanderdriften der Vergütung bzw. der Besoldung bringt neben dem West-Ost-Gefälle weiteres Ungleichgewicht in Deutschlands öffentlichen Dienst.



Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, es bleibt in unserem Bundesland für Lehrerinnen und Lehrer weiter „spannend“.

Ich möchte es vor der wohlverdienten Sommerpause nicht versäumen, Ihnen allen Dank auszusprechen für die zahlreiche Unterstützung, die Sie unserem Verband, dem VBE Sachsen-Anhalt, in seinem Einsatz für Ihre Rechte als Pädagogen und die Wahrung der Interessen der Schülerinnen und Schüler zukommen lassen haben. Tanken Sie Kraft für das kommende Schuljahr und halten Sie uns weiter die Treue.

Ihr
Mario Arlt, Landesvorsitzender

Umsetzung des neuen Lehrertarifvertrages in der Endphase



Der alte Lehrertarifvertrag neigt sich seinem Ende entgegen und der neue Vertrag ist in der Endphase seiner Umsetzung, d.h., die bedarfsbedingten Arbeitszeiten werden Mitte Juni erörtert und dann endgültig festgelegt. Natürlich sollten die Zahlen bereits am 1. Mai feststehen und es hätte das neue Schuljahr bereits in allen Regionen bis ins

Detail geplant werden können. Woran liegt es, dass die bedarfsbedingten Arbeitszeiten erst Mitte Juni festgelegt werden? Hieß es nicht immer wieder, dass der alte Tarifvertrag nicht verlängert werden könne, da er sich in der Praxis als zu kompliziert dargestellt habe?

Na ja, es gibt immer Anfangsschwierigkeiten und vielleicht wird das neue System demnächst besser beherrschbar. Sei es wie es sei, auf alle Fälle werden erhebliche regionale Unterschiede in den Zahlen deutlich und dies, obwohl schon seit 6 Jahren durch das MK diese Unterschiede eigentlich abgebaut wurden. Zumindest hieß es immer so. Eine von uns geforderte größere Unterrichtsreserve könnte dabei auch derartige regionale Unterschiede abfangen. Leider wurde diese Reserve seit 1994 kontinuierlich abgebaut und liegt heute bekanntlich bei kümmerlichen 2 %. Vielleicht liegt es aber auch an der regionalen Zersplitterung durch Staatliche Schulämter? Da müsste es ja im nächsten Jahr besser werden, wenn die Planungen im Landesverwaltungsamt zentral getätigt werden. Zumindest hoffen wir darauf und die Reform der Schulverwaltung wird dadurch auch auf den Prüfstand der Praxis gestellt und beweisen müssen, dass sie tatsächlich mehr darstellt als nur den von uns befürchteten Stellenabbau.

Nun aber zu den bedarfsbedingten Arbeitszeiten. Es gibt tatsächlich für jede Schulform und jeden Kreis eine spezielle Arbeitszeit. Im Klartext könnte man sagen, dass es Regionen mit viel Arbeit (und Vergütung) und Regionen mit weniger Arbeit (und Vergütung) im Lande gibt. Dabei stellen sich die im Tarifvertrag für 2 Jahre festgesetzten Untergrenzen der Beschäftigung und Vergütung als äußerst positiv heraus, denn andernfalls hätte es schon in diesem Schuljahr einen landesweiten größeren Personaltransfer geben müssen oder es hätte Regionen mit deutlich unter dem Verhandlungsabschluss liegenden Beschäftigungsumfängen gegeben.

Wie sieht es nun im Einzelnen aus? Wohlgemerkt, es handelt sich um die vom MK vorgelegten Zahlen, welche durch die Erörterung mit der dbb-tarifunion, der GEW und dem LHPR durchaus noch Veränderungen unterzogen werden könnten.

In der Grundschule werden in einigen Kreisen die Beschäftigungszahlen bei 21 U-Stunden (78 % Vergütung) liegen. Allerdings haben mehr Landkreise eine höhere U-Zahl und dementsprechend auch über 78 % Vergütung. In den Spitzenkreisen liegen die Beschäftigungsumfänge sogar bei 23 U-Stunden (rund 85 % Vergütung). Da kann wohl kaum die Behauptung, dass die Grundschulen die Verlierer des neuen Lehrertarifvertrages seien, aufrecht erhalten werden.

In der Sekundarschule liegen einige Kreise im Mindestumfang des TV. Es werden dort also 22 U-Stunden zu erteilen sein (88 % Vergütung). Die Mehrzahl der Kreise liegt über der Mindestanzahl von 88 % Vergütung. In wenigen Kreisen liegt die Anzahl der U-Stunden bei 24 (entspricht 96 %). Auch hier kann wohl mit Fug und Recht von einem Erfolg des Tarifabschlusses gesprochen werden.

In den Gymnasien reicht nur in einzelnen Kreisen der Beschäftigungsumfang von 23 U-Stunden (92 %). Allerdings erreichen in dieser Schulform auch Kreise mit 25 U-Stunden die 100 % Ostvergütung.

In der Sonderschule wird in rund der Hälfte der Kreise mit der Minimalzahl 23 U-Stunden gerechnet, was der Vergütungsgröße von 92 % entspricht. Dagegen muss in einigen Kreisen auf die volle Stundenzahl 25 gegangen werden, womit auch in diesen Schulen 100 % Ostvergütung erreicht werden.

Da in den weiterführenden Schulformen mit 88 bzw. 92 % Mindestgrößen der Beschäftigung (Vergütung) festgelegt wurden, die das Niveau des alten Tarifvertrages überschreiten und wir im konkreten regionalen Fall sogar Spannen bis 100 % Ostvergütung erreichen, bekommt die Altersteilzeit für Neuanträge einen noch größeren Reiz. Da immer der zuletzt vor der Altersteilzeit vertraglich vereinbarte Beschäftigungsumfang, höchstens jedoch die letzten 24 Monate zur Berechnung herangezogen werden, können zukünftige Antragsteller mit einer höheren Altersteilzeitvergütung rechnen. Allerdings könnte dieser finanzielle Vorteil (über 88 %) sich in einigen Jahren nicht mehr so deutlich zeigen, sodass der richtige Zeitpunkt der Antragstellung gut überlegt sein will. Der VBE steht für Beratungen dabei für seine Mitglieder zur Verfügung.

Aber natürlich zeigt sich bei der Berechnung der Arbeitszeit auf der Basis der Schüler-Lehrer-Relationen auch der Geburtenknick schon recht deutlich. Allerdings werden solche dramatischen Aktionen wie Schulschließungen, Fusionen oder Verlegungen ganzer Schulen an völlig neue Standorte keine Auswirkung auf den Tarifbereich haben, da ja wie bereits gesagt die S-L-Relation eine Rolle spielt und nicht die Anzahl der Schulen oder Klassen.

Trotzdem zeigen sich bereits düstere Streifen am Horizont. So will Sachsen-Anhalt 2004 den Beamten kein Urlaubsgeld zahlen und auch am eingefrorenen Weihnachtsgeld weitere Kürzungen vornehmen. Dieser raue Wind wird 2005 die Tarifverhandlungen der Angestellten und Arbeiter treffen. Allerdings deutet sich hier eine Verschiebung in Richtung Länder an, d. h., die einheitlichen bundesweiten Tarifverhandlungen drohen aufgesplittet zu werden, und dann müssen wir im Lande möglicherweise die Geschicke in die eigenen Hände (wie bereits im Lehrerbereich und bei den PM) nehmen. Bis dahin gilt es, die eigenen Reihen zu stärken, denn wenn im Landesdienst verhandelt wird, dann muss auch eine eigene Streikbereitschaft bestehen. Und da die Stadtreinigung und die Müllabfuhr als im Streikkampf wirkungsvollste Kraft der Gewerkschaften dann nicht mit zur Verhandlung anstehen, müssen die Beschäftigten im Landesdienst diese Bereitschaft übernehmen. Da wird es nicht reichen, an der einen oder anderen Schule mal 1-2 Stunden Warnstreik durchzuführen, nein, es muss die Bereitschaft und Möglichkeit geschaffen werden, einen flächendeckenden Streik zu führen. Dafür muss der Organisationsgrad unter der Lehrerschaft erhöht werden, denn ab 2005, und dies erklären wir bereits heute, kommt es tatsächlich auf jeden Lehrer an.

K. Winter, stellv. Landesvorsitzender

Tarifverhandlungen für Pädagogische Mitarbeiter vertagt

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem der Anschlussarifvertrag für die Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen-Anhalt in „trockene Tücher“ gebracht werden konnte, ist es der dbb-Tarifunion, ver.di und der GEW am 13.06.03 noch nicht gelungen, auch für die rund 3.000 PM eine Fortsetzung des Beschäftigungssicherungsvertrages zu erreichen.

Das Land hatte im ersten Entwurf eine Absenkung der Bezüge von derzeit 77,5 Prozent auf dann 65 Prozent vorgesehen. In mehreren Verhandlungsrunden konnten wichtige Positionen und Bedenken der dbb-Tarifunion und der anderen Gewerkschaften eingebracht werden. Die nächste Verhandlungsrunde wurde auf den 16.06.03, 19.00 Uhr, festgesetzt.

Sollte es nicht gelingen, einen akzeptablen Kompromiss zu erreichen, müssten alle PM bei den bestehenden Kündigungsfristen ab dem 01.08.03 für mindestens neun Monate zu 100 Prozent vergütet und beschäftigt werden. Die verhandelnden Gewerkschaften haben ihrerseits dem Finanz- und Kultusministerium einen abgestimmten eigenen Vertragsentwurf vorgelegt, über den am 16.06.03 zu befinden ist.

Alle Schulformen, an denen PM beschäftigt sind, brauchen nun sehr schnell Planungssicherheit, um sich ihrer originären Aufgabe, der pädagogischen Tätigkeit mit den Schülern, ohne Ungewissheit im Nacken widmen zu können. Absenkung des Gehalts auf 65 Prozent oder gar Kündigungen sind in mehrerlei Hinsicht das völlig falsche Signal.

Nicht zuletzt würde eine verschlechternde Variante ausschließlich Frauen in eine äußerst prekäre Lage bringen. Zu hoffen bleibt, dass sich bei Erscheinen dieser Ausgabe von „transparent“ alle Befürchtungen zerschlagen und eine sozial vertretbare Lösung verabredet wird.

Mario Arlt, Mitglied der dbb-Tarifkommission PM

VBE-RV Harz-Börde im Gespräch mit Amtsleiter

Am 03.06.03 hatte der Amtsleiter des Staatlichen Schulamtes Staßfurt, Herr Peter Obst, eine Delegation des Regionalverbandes Harz-Börde zum Gespräch eingeladen und somit eine jahrelange Tradition fortgeführt. Von Seiten des Regionalverbandes nahmen an der Gesprächsrunde der Kreisvorsitzende Aschersleben, Werner Klamroth, der Vorsitzende des Kreisverbandes Staßfurt, Reinhard Milkner, der Schatzmeister des RV, Torsten Wahl, und seine Stellvertreterin, Annett Gottschalk, und der Vorsitzende des Regionalverbandes, Klaus Winter, teil.

Natürlich interessierten zuerst die bedarfsbedingten Arbeitszeiten für das Schuljahr 2003/04 in den allgemein bildenden Schulformen, wobei ersichtlich wurde, dass das Staatliche Schulamt zu den Regionen gehört, welche mit der Mindeststundenzahl lt. Tarifvertrag nicht auskommen wird. Dies hängt nicht zuletzt mit der



offensiven Werbung für die verschiedenen Altersteilzeitmodelle insbesondere durch den VBE in den letzten Jahren zusammen, denn die führende Position des SSA Staßfurt bei den ATZ-Verträgen schlägt sich nun auch in erhöhte Beschäftigungsumfänge für die verbleibenden

jüngeren Kollegen nieder. Allerdings werden die bedarfsbedingten Arbeitszeiten endgültig erst am 18.06.03 nach einer Erörterung im LHPR feststehen und somit die Einsatzplanungen an den einzelnen Schulen bis dahin nur unter Vorbehalt vollzogen werden können.

Der Amtsleiter wies weiterhin auf die außerordentlich hohe Zahl von Personalmaßnahmen (z. B. Versetzungen) in diesem Schuljahr hin und berichtete nicht ohne gewissen Stolz, dass die Mitarbeiter des SSA alle Anforderungen termingerecht zum Ende des Schuljahres erfüllen werden. Allerdings besteht aufgrund der Haushaltsperre in Sachsen-Anhalt das Problem, dass selbst so genannte Mangelfachlehrer, die sich in diesem Jahr in Staßfurt beworben haben, bisher nicht eingestellt werden dürfen.

Des Weiteren berichtete der Amtsleiter, dass alle vorgesehenen Verbeamtungen planmäßig verlaufen und die bisher eingegangenen Anträge bearbeitet wurden. Mit der ersten Veranstaltung zur Verbeamtung einzelner Lehrkräfte ist deshalb im Monat Juli 2003 zu rechnen.

Ein weiterer Gesprächspunkt war die Erfassung der Rückantworten der Lehrkräfte betreffs Abgeltung der Arbeitszeitguthaben ab 2004. Hier läuft ebenfalls alles planmäßig, obwohl es eine gewisse Anzahl von Rückantworten gibt, die über die angebotenen 4 Varianten noch Sonderwünsche als Anlage beigefügt haben. Hier wird es zu einem späteren Zeitpunkt eine Klärung im MK geben.

Natürlich wurde auch die Situation der Pädagogischen Mitarbeiter und die mittelfristige Schulentwicklungsplanung angesprochen. Beim ersten Thema müssen die laufenden Tarifverhandlungen abgewartet werden, wobei eine einvernehmliche Einigung der Vertragspartner bisher noch in weiter Ferne liegt.

Bei der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung sind zunächst die Schulträger gefragt, wobei das Staatliche Schulamt dann die bis 31.12.03 eingereichten Planungen prüfen und genehmigen muss. Allerdings ist hier mit einem erheblichen Rückgang in den verschiedenen Schulformen zu rechnen, da der Schülerrückgang jetzt voll die weiterführenden Schulen erreicht und die vom MK vorgegebenen Schülerzahlen in vielen Regionen das Ende des Schulstandortes bedeuten werden.

Nach fast zweistündigem Gespräch bedankte sich der Vorstand des Regionalverbandes beim Amtsleiter für das konstruktive Gespräch und bekundete großes Interesse im Herbst nochmals zum Gespräch nach Staßfurt zu kommen, um somit vor Schließung des Schulamtes eine Abschlussbesprechung durchzuführen.

K. Winter

Was Sie wissen sollten!

Nach jahrelangem Kampf endlich gesiegt!

Im November 1998 wurde die Kollegin mit der kommissarischen Wahrnehmung der Aufgaben einer stellvertretenden Schulleiterin an einer Schule für Geistigbehinderte beauftragt. Diese Beauftragung wurde bis 30.09.2002 befristet, längstens jedoch bis Ablauf der Vertretung der bisherigen stellvertretenden Schulleiterin. Die Kollegin erhielt für diese Tätigkeit bis Mai 2000 keine Zulage. Als sie die Zulage geltend machte, erhielt sie eine Ablehnung.

Da der VBE die Auffassung vertritt, dass auch angestellte Lehrkräfte ebenso wie verbeamtete Lehrkräfte nach § 46 BBesG einen Anspruch auf Zahlung einer Zulage haben, wenn sie über 18 Monate hinaus eine höherwertige Tätigkeit ausüben, gewährte er der Kollegin Rechtsschutz.

Nach einem drei Jahre währenden Verfahren ist nun endlich die Entscheidung gefallen. Das LAG in Halle entschied im April 2003 im Sinne unseres Mitgliedes.

Das Land ist verpflichtet, der Kollegin für die Zeit vom Mai 2000 bis Januar 2002 eine Zulage in Höhe der Differenz zwischen der Vergütungsgruppe IIa BAT-O und der Vergütungsgruppe Ib BAT-O nebst Zinsen zu zahlen. Die Revision wird nicht zugelassen.

Inzwischen ist das Urteil rechtskräftig.

Heidrun Schulze, Ref. Recht

Jahreshauptversammlung des VBE Ohrekreis

Einige Veranstaltungen des Kreisverbandes des VBE Ohrekreis sind zu einer guten Tradition geworden, so u. a. unsere VBE-Vergnügen, die Veranstaltungen für unsere ehemaligen Kollegen und unsere alljährlich stattfindenden Jahreshauptversammlungen.

Diese fand auch in diesem Jahr bei ca. 80 Mitgliedern des Kreisverbandes große Resonanz. Am 4.6.2003 konnten wir im Wolmirstedter Katharinensaal den stellvertretenden Landesvorsitzenden des VBE Sachsen-Anhalt, Herrn Winter, begrüßen. Er gab einen Rückblick auf das vergangene Jahr mit solchen Themen wie Tarifverhandlungen für die Lehrer, Ausgleich der Arbeitszeitkonten, Verbeamtungen, Altersteilzeit und Tarifverhandlungen für PM (die zu diesem Zeitpunkt noch in Magdeburg liefen).

Einige kritische Anmerkungen zur Durchführung der Verbeamtung einiger weniger Kollegen und der dadurch entstandene Unmut in den Lehrerkollegien brachte unser Kreisvorsitzender, Herr Wilfried Moritz, zur Sprache.

Ein besonderer Höhepunkt dieser Jahreshauptversammlung war die Auszeichnung unserer beiden Gründungsmitglieder, Herr Udo Kriege und Herr Joachim Henke, mit der Ehrennadel des VBE.



Wir danken hiermit nochmals für die hervorragend geleistete Arbeit dieser beiden Kollegen, die sich seit dem 15.2.1990 stets für die Belange aller Kollegen einsetzten. Der 15.2.90 ist das Gründungsdatum der neuen Interessenvertretung im Altkreis Wolmirstedt, aus der später der AVP bzw. der VBE hervorging.

Zum Schluss konnten alle Kollegen in geselliger Runde ein leckeres Abendessen genießen.

Der Vorstand des Kreisverbandes Ohrekreis

11. Pädagogenball des VBE

Zum 11. Mal wollten zahlreiche Pädagogen des Landkreises Aschersleben/Staßfurt und Quedlinburg mit ihren Partnerinnen und Partnern das Schuljahr 2002/03 ausklingen lassen. Der VBE-Regionalverband Harz-Börde lud dazu ein. Zu den zahlreichen Gästen gehörten Lehrer aller Schulformen, gewerkschaftlich organisiert oder nicht. Besonders begrüßt wurde von allen Anwesenden Frau Heike Brehmer, Landrätin des Landkreises Aschersleben/Staßfurt.



Der „Neundorfer Hof“ war, wie schon so oft, eine wichtige Voraussetzung für das gute Gelingen des Pädagogenballs. Mit seiner gepflegten Atmosphäre, der guten gastronomischen Betreuung sowie einer zuvorkommenden Unterstützung bei den Vorbereitungen, fand dieses Haus die ungeteilte Zustimmung aller Ballgäste.

Der traditionelle Pädagogenball hat seinen festen Platz im Terminkalender der zweiten Maihälfte gefunden. Wie in diesem Jahr ist immer ein großer Zuspruch zu verzeichnen. Nach einer kurzen Begrüßung des Ehrengastes, Landrätin Heike Brehmer, durch den Regionalverbandsvorsitzenden Klaus Winter, wurde Reinhard Milkner für seine Arbeit als Kreisvorsitzender Staßfurt mit der Ehrennadel des VBE ausgezeichnet.



Der Vorstand des Regionalverbandes Harz-Börde würdigte anschließend die langjährige, ehrenamtliche Arbeit im VBE von Klaus Winter. Ohne seine Ehefrau wäre es bestimmt nicht möglich, sich so für den VBE einsetzen zu können. Auch ihr galt der Dank für ihr großes Verständnis.

Das einheimische Duo Campari sorgte für die musikalische Unterhaltung. Mehrere Künstler bereiteten dem Publikum Kurzweil. Die Darbietungen der Tanzformation Blau-Gold aus Aschersleben konnte alle Gäste begeistern. Höhepunkt war wie immer die lang erwartete Tombola, welche durch zahlreiche Sponsoren getragen wurde. Jeder glückliche Gewinner wurde mit lautem Hallo bejubelt. So mancher Gast des Pädagogenballs war dann überrascht als weit nach Mitternacht zur Heimfahrt durch die bereitstehenden Busse aufgerufen wurde. Der Vorstand des Regionalverbandes Harz-Börde kann aber alle beruhigen. Der 12. Pädagogenball ist schon im Mai 2004.

R. Milkner, Kreisvorsitzender Staßfurt

Wir wünschen allen VBE-Mitgliedern sowie Leserinnen und Lesern erholsame Ferien- und Urlaubstage.

VBE-Frühjahrsfahrt nach Schwerin und Wismar

Zum elften Mal waren über 50 Reisefreunde des VBE-Kreisverbandes Schönebeck/Börde des Verbandes Bildung und Erziehung vom 9.5. bis 11.5.2003 zu ihrer traditionellen Frühjahrsfahrt unterwegs.

Das Reiseziel war diesmal die Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin. Auf der Hinfahrt stand zunächst die Führung durch das Schloss in Ludwigslust auf dem Programm.

Für viele Reisetilnehmer war die Information des Schlossführers neu, dass für die prunkvolle Innenausstattung verschiedener Räume Ornamente aus Pappmaschee Verwendung fanden. Recycling ausgedienter, alter Akten!

Uns kam in den Sinn, wie viele Räume bei unserem heutigen Papierabfall überall in unserem Lande kunstvoll ausgestaltet werden könnten.

Das von der Reiseleitung gebuchte, in ländlicher Umgebung am Stadtrand von Schwerin liegende Arte-Hotel ließ keine Wünsche offen. Wir fühlten uns wohl!

Ein umfangreiches Programm erlebten wir am Sonnabend: Busrundfahrt durch die Außenbezirke der kleinsten Landeshauptstadt der Bundesrepublik mit Stadtführung durch die Innenstadt, Schlossbesuch und als Krönung fand abschließend bei herrlichem Sonnenschein eine unvergessliche Rundreise über den stadtprägenden Schweriner See statt.

Obwohl man annehmen sollte, dass nach diesem anstrengenden Programm eine allgemeine Müdigkeit auftreten könnte, bewiesen insbesondere unsere Calbenser Kolleginnen und Kollegen eine gute Kondition bei der abendlichen Disco-Tanzveranstaltung.

Der abschließende Sonntag begann mit einem Ausflug nach Wismar. Die Innenstadt und der Hafen wurden von allen Teilnehmern individuell erkundet.

Fazit: Schwerin und auch das zum Teil im 2. Weltkrieg zerstörte Wismar sind zauberhafte Städte, die sich für ihre Besucher herausputzen und zu jeder Zeit eine Reise wert sind.

Über viele schöne Alleenstraßen unseres nördlichen Nachbarbundeslandes ging es zum Abendessen nach Wolmirstedt. Nach einem üppigen kalten Büfett in der „Glucke“ fuhren wir die restlichen paar Kilometer nach Schönebeck bzw. Calbe.



Die im Bus stattfindende schriftliche Befragung nach dem nächsten Reiseziel stand offensichtlich unter dem Motto „Auf zu neuen Ufern“, denn die Ostsee wurde mehrheitlich als Ziel für das Jahr 2004 genannt.

Der VBE-Kreisvorstand wird es organisieren, davon können jetzt schon alle überzeugt sein.

*Bernd Schröder,
VBE-Kreisverband Schönebeck*

Terminer Schuljahr 2003/04

Der Terminer erscheint in der Septemberausgabe, da bis zum Redaktionsschluss noch nicht alle relevanten Termine für das kommende Schuljahr vorlagen.

Impressu

Herausgeber:
VBE transparent –
Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung,
Landesverband Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle:
Feuersalamanderweg 25 · 06116 Halle / Saale
Telefon (03 45) 6 87 21 77
Fax (03 45) 6 87 21 78
E-Mail post@vbe-lsa.de
Internet www.vbe-lsa.de

Bankverbindung:
Sparkasse Halle
BLZ 800 537 62 · Kto.-Nr. 387 011 317

Namentlich gekennzeichnete Artikel sowie Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Anzeigen:
Landesgeschäftsstelle

Redaktionelle Bearbeitung:
Helmut Pastrik (Schriftleiter)
Neue Siedlung 49 · 06528 Edersleben
Telefon (0 34 64) 51 68 21
Telefax (0 34 64) 51 68 31
E-Mail pastrik@vbe-lsa.de

Karin Schemmerling
Maiglöckchenring 21 · 06198 Salzmünde
Telefon (03 46 09) 2 01 32
Fax (03 46 09) 2 22 27
E-Mail k_schemmerling@vbe-lsa.de

Satz und Gestaltung:
Gebrüder Wilke GmbH · 59063 Hamm